

## Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät\*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

### Senkung Lebensmittelpreise

Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass idente Lebensmittel in Österreich durchschnittlich um 13 Prozent mehr kosten als in Deutschland. Selbst Ketten, die in beiden Ländern aktiv sind, profitieren von diesen Preisunterschieden. Die Grenzlinie zwischen Österreich und Deutschland zieht auch preislich eine tiefe Schneise zwischen die beiden Länder. Das zeigt eine aktuelle Studie des von der Europäischen Zentralbank (EZB) koordinierten Forschungsprojektes "Prisma" ("Price-setting Microdata Analysis Network"). Anhand umfassender Datensätze leistet eine von österreichischen und deutschen Ökonomen erstellte Analyse erstmals empirisch eindeutige Evidenz für die unterschiedlichen Preissetzungen identischer Güter in Österreich und Deutschland. Von 2008 bis 2018 untersuchte das Forschungsteam, wie viel Konsumgüter auf beiden Seiten der Grenze kosten — und stellten teils gravierende Unterschiede fest. Durchschnittlich sind die Preise auf der österreichischen Seite der Grenze um rund 13 Prozent höher — bei verpackten Lebensmitteln im Schnitt etwas weniger, bei Drogeriewaren und Reinigungsmitteln noch etwas mehr. Laut AK-Preismonitoring waren idente Lebensmittel bei der letzten Abfrage in Österreich um fast zehn Prozent teurer als in Deutschland, Drogeriewaren durchschnittlich gar um 30 Prozent. Wifo begründet dies im Wesentlichen mit der in Österreich höheren Marktkonzentration des Lebensmittelhandels. Dessen Marktanteile verteilen sich hierzulande fast ausschließlich auf vier Ketten: Spar, Rewe (Billa, Penny), Hofer und Lidl beherrschen zusammen mehr als 90 Prozent des Marktes. Im internationalen Vergleich ist zwar auch der deutsche Lebensmittelhandel hoch konzentriert, der Wettbewerb dennoch ausgeprägter als in Österreich. Die großen Gruppen um Edeka, Rewe, Aldi (Hofer) und dem Schwarz-Konzern (Lidl) beanspruchen zusammen einen Marktanteil von rund 70 Prozent. EZB-Daten zufolge gibt es europaweit zuletzt vermehrt Anhaltspunkte, dass die Gewinnmargen großer Handelsketten sowie landwirtschaftlicher Produzenten gestiegen seien. Sowohl Handel als auch Landwirtschaft könnten also zum Leidwesen der Konsumenten von der Doppelkrise Corona und Inflation profitiert haben. Insofern ist die Bundeswettbewerbsbehörde als auch der Bundeskartellanwalt aufgefordert, tätig

zu werden. Darüber hinaus sollte die Umsatzsteuer auf Lebensmittel zur Entlastung der Konsumenten bis auf weiteres ausgesetzt werden. Eine Senkung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel und alkoholfreie Getränke auf null Prozent würde laut parlamentarischer Anfragebeantwortung des Budgetdienstes die einkommensschwächsten zehn Prozent der Bevölkerung um knapp 5 Prozent ihres Durchschnittseinkommens entlasten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

#### Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Senkung der Lebensmittelpreise aus und fordert

1. den Bundesminister für „Arbeit und Wirtschaft“ auf, die Bundeswettbewerbsbehörde anzuleiten, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und Anträge beim Kartellgericht auf Geldbußen zu stellen,
2. die Justizministerin auf, dem Bundeskartellanwalt anzuweisen, zur Wahrung der öffentlichen Interessen die Parteistellung im kartellgerichtlichen Verfahren wahrzunehmen und
3. den Bundesminister für Finanzen auf, die Aussetzung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel bis auf weiteres in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

